

Junge Kommunalpolitik für das Braunschweiger Land

Fünf Forderungen für unsere Region

Leitantrag zum

66. Landesverbandstag der Jungen Union Braunschweig

Bei der Kommunalwahl am 11. September geht es um mehr als nur die Zusammensetzung von Orts-, Gemeinde- und Stadträten oder Kreistagen, es geht um die Zukunft des Braunschweiger Landes!

Dort, wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser.

Dort, wo die CDU regiert, haben wir als Junge Union Einfluss auf die Entscheidungen.

Mit diesem Leitantrag setzen wir unsere Akzente für eine zukunftsorientierte Politik im Interesse der folgenden Generationen.

Am 11. September entscheidet sich unsere Zukunft und diese Entwicklung wollen wir nicht nur tatenlos beobachten, sondern aktiv gestalten.

1.) Chancen einer gelingenden Integration nutzen!

In einer globalisierten und stark vernetzten Welt gewinnt das direkte Wohnumfeld an Bedeutung. Hier entscheidet sich, ob die Integration von Migrantinnen und Migranten gelingt. Kleine Projekte vor Ort wollen wir deshalb fördern. Dabei reden wir nicht nur über Menschen mit Migrationshintergrund sondern mit ihnen. Sie sind feste Akteure in unseren Bemühungen für ein friedliches Miteinander auf der Grundlage des Grundgesetzes.

Wir bieten ein weltoffenes und tolerantes Braunschweiger Land, fordern von den Migrantinnen und Migranten aber die Bereitschaft, sich in unsere Gesellschaft einzubringen. Schlüssel dazu ist der Erwerb der deutschen Sprache. Durch Bildungspatenschaften sollen erfolgreiche Migrantinnen und Migranten den Kindern und Jugendlichen im Braunschweiger Land zeigen, dass es auch in ihrer Umgebung Menschen gibt, die den beruflichen Erfolg geschafft haben. Denn wir sehen nicht nur die Probleme, sondern vor allem die Chancen, die in einer gelingenden Integration für die Zukunft unserer Region liegen.

2.) Mobilität rückt unsere Region noch dichter zusammen!

Mobilität ist ein entscheidender Faktor für die Lebensqualität in einer Kommune. Nach dem vorläufigen Scheitern des Regiostadtbahnprojektes unterstützen wir den Zweckverband Großraum

36 Braunschweig bei der Realisierung des Regionbahnprojektes 2014+. Dieses sehen wir jedoch nur
37 als Zwischenschritt und werden weitere Verbesserungen, etwa bei den geplanten Haltepunkten,
38 der Ausstattung der Züge und den Taktzeiten, anmahnen. Dabei müssen vor allem die Anbindung
39 der Standorte unserer zahlreichen Bildungseinrichtungen und der in weiten Teilen des
40 Braunschweiger Landes bisher kaum vorhandene Nachtverkehr in den Fokus rücken.
41 Gemeinsames Ziel aller Akteure muss es sein, die Region besser miteinander zu verbinden.

42 43 3.) Nachhaltige Finanzpolitik sichert Zukunft!

44 Der politische Spielraum einer Kommune ist überwiegend durch ihre finanziellen Mittel geprägt.
45 Wer über eine freie Spitze verfügt, kann auch über das Notwendige hinaus Politik und damit
46 Zukunft gestalten.

47 Die finanziellen Verpflichtungen einer Kommune werden aber allzu oft nicht vor Ort, sondern in
48 Hannover oder Berlin entschieden. Den noch vorhandenen Spielraum bei den Finanzen müssen
49 wir deshalb gezielt einsetzen. Eine Kommune, die auch in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs
50 und damit verbunden steigenden Einnahmen weiter rote Zahlen schreibt, ist auf Dauer nicht
51 handlungsfähig. Von den Kommunen erwarten wir daher, dass bei künftigen Investitionen eine
52 intensive Wirtschaftlichkeitsbetrachtung vollzogen wird und insbesondere Auslastungsgrade
53 geplanter Einrichtungen konservativ geschätzt werden. Ferner müssen strikt die
54 Haushaltssicherungskonzepte eingehalten werden und somit unerwartete Mehrerträge und
55 Minderaufwendungen ohne Verzögerung zum Haushaltsausgleich herangezogen werden.
56 Oberstes Ziel unserer Politik in den nächsten Jahren ist es deshalb, die in den meisten Fällen von
57 SPD und Grünen übernommenen Schulden zu reduzieren und flächendeckend mindestens zu
58 ausgeglichenen Haushalten zu gelangen. Dafür müssen auch alle freiwilligen Leistungen auf den
59 Prüfstand gestellt und von liebgewonnenen Traditionen Abstand genommen werden. Davon
60 ausgenommen sind solche freiwilligen Leistungen, die nachhaltig einen finanziellen Nutzen stiften,
61 dazu gehören insbesondere kommunale Bildungsangebote.

62 63 4.) Ehrenamtliches Engagement ist Stütze unserer Gesellschaft!

64 Wir schätzen das ehrenamtliche Engagement von unzähligen Freiwilligen bei uns in der Region
65 und danken jedem Einzelnen für diesen Dienst am Nächsten. In allen Bereichen des öffentlichen
66 Lebens sind Freiwillige ein wichtiger Bestandteil der Strukturen und ihre Arbeit bildet das Rückgrat
67 unserer Gesellschaft. Wir sehen jedoch auch, dass sich immer weniger Menschen in Vereinen und
68 Verbänden engagieren. Gerade junge Menschen brauchen deshalb Vorbilder, die ihnen zeigen,
69 warum sich ein ehrenamtliches Engagement lohnt. Dazu können auch die Kommunen beitragen.
70 Das Land Niedersachsen hat mit der Einführung der Ehrenamtskarte einen richtigen Schritt getan,
71 um das unentgeltliche Engagement zu belohnen. Wir fordern deshalb alle Kommunen auf, sich an
72 den Vergünstigungen für Inhaber der Ehrenamtskarte zu beteiligen und über die kommunalen
73 Gesellschaften ein attraktives Angebot bereitzustellen. Darüber hinaus sollen auch private

74 Unternehmer um ihre Unterstützung für die Ehrenamtskarte gebeten werden.
75 Damit ehrenamtliche Hilfe auch dort ankommt, wo sie benötigt wird, wollen wir kommunale
76 Koordinierungsstellen für die Vermittlung von Freiwilligen einrichten. Diese sollen, besonders für
77 den Ganztagsbetrieb an Schulen, Ehrenamtliche und Vereine an die entsprechende Einrichtung
78 weiterleiten.

79

80 5.) Demografischer Wandel als Chance für Bildung erkennen!

81 Der demografische Wandel betrifft schon heute unmittelbar unsere Region. Hierbei ist die
82 Diskussion vordergründig negativ besetzt. Wir wollen die Chancen des unausweichlichen
83 demografischen Wandels in den Vordergrund rücken: Eine Verbesserung der Ausbildung und der
84 Weiterbildungsmöglichkeiten aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird aufgrund des
85 erwarteten Fachkräftemangels noch stärker in den Vordergrund rücken. Die Bedeutung der
86 Frauenerwerbsquote wird weiter zunehmen, weshalb gerade Frauen eine deutlich bessere
87 Vereinbarkeit von Familie und Beruf geboten werden muss. Dies impliziert, dass Gemeinden in all
88 ihren Handlungskompetenzen einen Schwerpunkt auf Bildung setzen müssen, sowohl in
89 qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht. Dazu müssen städtebauliche Maßnahmen künftig
90 noch stärker an prognostizierte Bedarfe und Anforderungen einer im Schnitt alternden Gesellschaft
91 geknüpft werden. Der demografische Wandel bzw. die „Zukunftspolitik“ muss deshalb als eine
92 Querschnittsaufgabe aller kommunalen Ressorts angelegt sein.